

Newsletter

Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen

Ausgabe 18, Dezember 2021

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Wir freuen uns, Ihnen die neuste Ausgabe unsere PDF-Newsletters Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen übersenden zu können.

Mit unserem Newsletter wollen wir den eiligen Leser auf prägnante und übersichtliche Weise über die aktuellen energierechtlichen Themen, die besondere Relevanz für energieintensive Unternehmen aufweisen, informieren. Sie profitieren dabei von dem Expertenwissen der verschiedenen Fachbereiche und erhalten zu allen Themen kompetente Auskunft sowie Verweise auf weiterführende Quellen.

Da diese Ausgabe zugleich der letzte Newsletter in diesem Jahr sein wird, möchten wir Ihnen auch auf diesem Wege ein **frohes Weihnachtsfest** und **alles Gute für den Jahreswechsel** wünschen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael H. Küper
Partner

Peter Mussaeus
Partner

Stefan Krakowka
Of Counsel

Dr. Daniel Callejon
Senior Manager

Inhalt

Aktuelles aus der Verwaltung	2
BAFA verschickt Begrenzungsbescheide für das Begrenzungsjahr 2022	2
Neues aus Europa	2
EU-Kommission genehmigt weitere Teile des EEG 2021	2
Aktuelle Entwicklungen im Klimarecht	3
BMU legt Verordnungsentwurf zur Ausgestaltung der Kompensation in Härtefällen im Brennstoffemissionshandel vor	3
Neufassung der TA Luft in Kraft getreten	4
Zeitplan für Fit for 55-Legislativpaket nimmt konkretere Formen an	5
Service	5
5-Punkte-Plan zur Energiekostenreduktion und -kontrolle	5
Veranstaltungen	6
Webinar-Reihe „Dekarbonisierung in der Industrie – (Neue) Entlastungs- und Gestaltungsoptionen“	6
Webcast „E-Mobility als Teil Ihres ESG-Konzepts“	6
Über uns	7
Ihre Ansprechpartner	7
Redaktion	7

Aktuelles aus der Verwaltung

BAFA verschickt Begrenzungsbescheide für das Begrenzungsjahr 2022

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) hat am heutigen Tage die Begrenzungsbescheide nach der Besonderen Ausgleichsregelung im EEG für das Begrenzungsjahr 2022 an die begünstigten Unternehmen versandt. Damit konnte - wie auch in den Vorjahren – der für die betroffenen Unternehmen so wichtige Versand kurz vor den Weihnachtsfeiertagen in der großen Mehrzahl der Fälle sichergestellt werden.

RA Michael H. Küper, M.Sc.
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

Erste Rückmeldungen aus dem Kreis unserer Mandantschaft haben dabei gezeigt, dass Unternehmen, welche einen Begrenzungsbescheid erhalten haben, ein besonderes Augenmerk auf die Regelung bzw. Ermittlung des Super Caps legen sollten. Nach unseren ersten diesbezüglichen Auswertungen gibt es hier im Einzelfall durchaus Diskussionsbedarf; signifikante Abweichungen gegenüber den beantragten und von den Unternehmen erwarteten Begrenzungsbeträgen stehen hier im Raum.

Auch im Übrigen empfehlen wir eine sorgfältige Prüfung der erhaltenen Begrenzungsbescheide. Aufgrund der Vielschichtigkeit der im Rahmen der Bescheidprüfung relevanten Daten und Fragestellungen ist diese genauso unerlässlich wie eine überlegte Reaktion gegenüber dem BAFA bei ggf. auftretenden Unklarheiten und Rückfragen. Melden Sie sich gerne, falls sich Rückfragen zu Ihrer Bescheidung ergeben oder wir Sie bei der Plausibilisierung unterstützen können. Hierbei lassen wir unsere Erfahrungen aus vergleichbaren Konstellationen und Diskussionen einfließen und erkennen schnell, ob eine Kontaktaufnahme mit dem BAFA anzuraten ist.

Einige weiterführende Informationen dazu entnehmen Sie gerne auch dem anliegenden Informationsschreiben.

Neues aus Europa

EU-Kommission genehmigt weitere Teile des EEG 2021

Nach der umfangreichen beihilfenrechtlichen Genehmigung vom 29. April 2021 hat die EU-Kommission am 9. Dezember 2021 weitere Änderungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2021 („EEG 2021“), die im Wesentlichen auf die im Juli diesen Jahres in Kraft getretene Novellierung des Gesetzes zurückgehen, genehmigt. Die nun erteilte Genehmigung betrifft dabei primär förderseitige Regelungen des EEG 2021, enthält aber auch im Einzelfall für energieintensive Unternehmen bedeutsame Regelungen. Das BMWi informierte darüber mit einer Pressemitteilung vom 15.12.2021.

RA Michael H. Küper, M.Sc.
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

Ein zentraler Gegenstand der Genehmigung sind die Ausschreibungsmengen für Windenergieanlagen an Land und Solaranlagen für das Jahr 2022, die im Zuge der Novellierung eine deutliche Anhebung erfuhren. So sollen im kommenden Jahr bei Windenergie an Land zusätzlich rund 2.100 MWh und bei Solaranlagen zusätzlich rund 4.100 MWh zur Förderung ausgeschrieben werden. Das Ausschreibungsvolumen beträgt damit bei Windenergie an Land im Jahr 2022 ca. 5.000 MWh, bei Photovoltaikanlagen ca. 6.050 MWh. Grundsätzlich hat die EU-Kommission die Erhöhung der Ausschreibungsmengen genehmigt. Sie hat sich allerdings für das letzte Drittel der angehobenen Mengen in Bezug auf Photovoltaikanlagen vorbehalten, die Ergebnisse der ersten Ausschreibungsrunden abzuwarten und auf dieser Basis die Wettbewerbssituation erneut zu prüfen, ehe sie über eine finale Genehmigung auch dieser Ausschreibungsmengen entscheidet.

Zu den weiteren Änderungen des EEG 2021, die von der EU-Kommission im Rahmen der Entscheidung am 9. Dezember 2021 genehmigt worden sind, zählen die Möglichkeit der finanziellen Beteiligung von Kommunen an Freiflächenanlagen, verschiedene Verfahrensvereinfachungen bei den Ausschreibungen für Solaranlagen, eine Übergangsregelung zur verlängerten Nutzbarkeit sog. Stilllegungsnachweise zur Übertragung der EEG-Förderung bei vorzeitiger Stilllegung von Biomethananlagen, die Änderung des Ausschreibungsdesigns für Biomethananlagen im Dezember 2021 sowie der Flexibilitätzuschlag für bestehende Biogasanlagen. Darüber hinaus umfasst die Genehmigung auch die in der Erneuerbare-Energien-Verordnung („EEV“) umgesetzte Anschlussförderung für Güllekleinanlagen. Dagegen sind die Regelungen zur Anschlussförderung für die Verstromung von Altholz und Grubengas in §§ 101 und 102 EEG 2021 sowie die in § 100 Abs. 7 EEG 2021 vorgesehene Erhöhung der Förderung für bestehende kleine Wasserkraftanlagen nicht beihilfenrechtskonform und daher nicht genehmigungsfähig. Sie dürfen damit auch künftig keine Anwendung finden.

Obwohl damit nun weitere Teile des umfassend novellierten EEG 2021 genehmigt worden sind, steht die beihilfenrechtliche Entscheidung über einige zentrale Neuregelungen resp. Änderungen noch aus. Die betroffenen Regelungen unterliegen weiterhin einem beihilfenrechtlichen Vorbehalt und können daher bis zum Vorliegen einer Genehmigung nicht angewendet werden. Zu den betroffenen Vorschriften zählen u.a. die gesetzliche **Vollbefreiung von der EEG-Umlage für grünen Wasserstoff**, die von der Umsetzung in der EEV – erfolgt in §§ 12h bis 12l EEV – abhing. Trotz des Vorliegens der entsprechenden Umsetzungsvorschriften dauert die Prüfung der Vollbefreiung durch die EU-Kommission nach Auskunft des Bundeswirtschaftsministeriums an, da sie parallel an einer europaweit einheitlichen Definition von grünem Wasserstoff arbeitet. Im Rahmen der **Besonderen Ausgleichsregelung** bei der Herstellung von grünem Wasserstoff in § 64a EEG 2021, die weitestgehend bereits im Zuge der Entscheidung der EU-Kommission vom 29. April 2021 genehmigt worden ist, steht weiterhin die Genehmigung des Einbezugs nichtselbständiger Unternehmensteile (§ 64a Abs. 6 EEG 2021) sowie der abweichenden Definition des Unternehmensbegriffs (§ 64a Abs. 8 EEG 2021) aus. Diese Regelungen sind gemeinsam mit der Vollbefreiung Gegenstand eines separaten Genehmigungsverfahrens. Die noch ausstehende Genehmigung der **Besonderen Ausgleichsregelung für Schienenbahnen** soll dagegen in Kürze erteilt werden; nach Auskunft der Bundesregierung habe die EU-Kommission hier keine Bedenken zur Unvereinbarkeit mit dem europäischen Beihilfenrecht vorgetragen.

Über den Verlauf der weiteren Genehmigungsverfahren werden wir Sie an dieser Stelle informieren. Bei Fragen zu den von der EU-Kommission bereits erteilten Genehmigungen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung.

Aktuelle Entwicklungen im Klimarecht

BMU legt Verordnungsentwurf zur Ausgestaltung der Kompensation in Härtefällen im Brennstoffemissionshandel vor

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit („BMU“) hat am 27. Oktober 2021 den „Entwurf einer Ersten Verordnung zur Änderung der Brennstoffemissionshandelsverordnung“ vorgelegt. Nach dem Referentenentwurf sollen in die Brennstoffemissionshandelsverordnung („BEHV“) insbesondere ausgestaltende Vorgaben zum Antragsverfahren der finanziellen Kompensation in Härtefällen, geregelt in § 11 Abs. 1 Brennstoffemissionshandelsgesetz („BEHG“), aufgenommen werden.

Nach § 11 Abs. 1 BEHG können Unternehmen in atypisch gelagerten Fällen eine Kompensation in Anspruch nehmen. Voraussetzung ist, dass für das Unternehmen sowie gegebenenfalls mit ihm verbundene Unternehmen infolge der Einführung des Brennstoffemissionshandels eine unzumutbare Härte entstanden ist. Davon ist nach den gesetzlichen Vorgaben im Regelfall nur dann auszugehen, wenn

- die Brennstoffkosten des Unternehmens mehr als 20 Prozent der betriebswirtschaftlichen Gesamtkosten ausmachen und
- der Anteil der Zusatzkosten durch die Einführung des Brennstoffemissionshandels mehr als 20 Prozent an der Bruttowertschöpfung beträgt.

Die Bundesregierung wurde zudem ermächtigt, im Wege einer Rechtsverordnung das entsprechende Antragsverfahren zu regeln sowie die vorgenannten Schwellenwerte anzupassen.

Von dieser Verordnungsermächtigung macht das BMU mit dem nun vorgelegten Referentenentwurf, der nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Gebrauch. Zur Ausgestaltung der Kompensationsregelung des § 11 Abs. 1 BEHG soll indes keine eigenständige Rechtsverordnung – nach dem Vorbild der BEHG-Carbon-Leakage-Verordnung („BECV“), die die Kompensation in Fällen eines Carbon Leakage-Risikos nach § 11 Abs. 3 BEHG regelt – geschaffen, sondern die bereits bestehende BEHV um einen weiteren Abschnitt ergänzt werden, der für die Periode 2021 bis 2026 Einzelheiten zur Antragstellung und der zu erbringenden Nachweise enthält. Der Verordnungsgeber betont dabei, dass die Anforderungen an die Antragstellung den Ausnahmecharakter der finanziellen Kompensation in Härtefällen widerspiegeln sollen. Die Systematik der Kompensationsregelung für Härtefälle im BEHG und der ausgestaltenden Vorgaben im Verordnungsentwurf weist gewisse Parallelen zur Reduktion der EEG-Umlage für stromkostenintensive Unternehmen auf Grundlage der Besonderen Ausgleichsregelung nach §§ 63 ff. EEG auf, ohne jedoch beide Antragsverfahren miteinander zu verknüpfen.

Konkret enthält der vorliegende Referentenentwurf einerseits Regelungen zu allgemeinen Aspekten der Antragstellung für die Härtefall-Kompensation, andererseits trifft er Bestimmungen zu den materiellen Anforderungen an den Antrag. Vorgesehen ist, dass der Antrag im Regelfall für einen Zweijahreszeitraum beim Umweltbundesamt gestellt wird; die Antragsfrist soll am **31. Juli** des zweiten Jahres des jeweiligen Zweijahreszeitraums enden. Für den ersten Zeitraum 2021-2022 soll aber eine **verlängerte Antragsfrist** bis zum 30. September 2022 gelten. Von der Antragstellung ausgeschlossen sollen Unternehmen in Schwierigkeiten sein sowie solche Unternehmen, die bereits eine Beihilfe auf Grundlage der BECV in Anspruch nehmen können. Die Angaben, die die Unternehmen im Rahmen des Antrags machen, sollen von einem Wirtschafts- oder gleichgestellten Prüfer geprüft werden, ein schriftlicher Prüfungsvermerk soll dem Antrag beigelegt werden. In materieller Hinsicht soll in dem Antrag im Wesentlichen das Vorliegen einer unzumutbaren Härte bei dem antragstellenden Unternehmen bzw. dem Unternehmensverbund dargelegt und nachgewiesen werden. Dabei soll insbesondere nachzuweisen sein, dass die durch die Einführung des nEHS verursachte zusätzliche finanzielle Belastung **unvermeidbar war und eine unternehmerische Betätigung unmöglich macht**. Zur Bestimmung dieser Zusatzkosten enthält der Referentenentwurf detaillierte Vorgaben.

Die geplanten neuen Regelungen in der BEHV werden – ebenso wie § 11 Abs. 1 BEHG selbst – unter einem **beihilferechtlichen Genehmigungsvorbehalt** stehen. Sie dürfen dann bis zur Erteilung einer entsprechenden Genehmigung durch die EU-Kommission nicht angewendet werden.

Über den weiteren Verlauf des Verfahrens werden wir Sie an dieser Stelle informieren. Bei Fragen zur Härtefall-Kompensation stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung.

Neufassung der TA Luft in Kraft getreten

Am 1. Dezember 2021 ist die Neufassung der Ersten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundesimmissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – kurz als „TA Luft“ bezeichnet) in Kraft getreten. Sie löst damit die seit dem Jahr 2002 unverändert geltende Fassung der Verwaltungsvorschrift ab.

Die TA Luft stellt das zentrale Regelwerk zur Verringerung von Emissionen und Immissionen von Luftschadstoffen aus nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigungsbedürftigen Anlagen dar. Die Novellierung der Verwaltungsvorschrift dient zum einen der Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben in nationales Recht, insbesondere der Vorsorgeanforderungen, die sich aus den Durchführungsbeschlüssen der EU-Kommission zu Schlussfolgerungen über die Besten Verfügbaren Techniken auf Grundlage der Industrie-Emissions-Richtlinie (Richtlinie 2010/75/EU) ergeben. Zum anderen wurde für solche Anlagen, die nicht den vorgenannten europäischen Maßgaben unterfallen, der Stand der Technik insbesondere im Hinblick auf besonderes relevante Luftschadstoffe, wie Stickstoffoxide und Feinstaub, überprüft und entsprechend angepasst. Zudem wurden u.a. Anforderungen an durch Anlagen verursachte Geruchsbelastungen sowie Begrenzungen für Ammoniak- und Feinstaubemissionen in die TA Luft aufgenommen. Letztes gilt namentlich in Bezug auf die Abluft großer Tierhaltungsanlagen. Außerdem finden

sich nun konkrete Vorgaben zur Berücksichtigung der Anforderungen des Naturschutzes im Rahmen der Anlagengenehmigung in der Verwaltungsvorschrift.

Die Neufassung wurde von der Bundesregierung bereits am 23. Juni 2021 beschlossen; die Veröffentlichung im Gemeinsamen Ministerialblatt erfolgte am 14. September 2021.

Bei Fragen zu den einzelnen Inhalten der neugefassten TA Luft oder deren Auswirkungen auf Ihre Anlagenplanung stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung.

Zeitplan für Fit for 55-Legislativpaket nimmt konkretere Formen an

Die EU-Kommission hat am 14. Juli 2019 ein umfassendes Paket legislativer und non-legislativer Maßnahmen mit dem plakativen Titel „Fit for 55“ vorgelegt, welches der Umsetzung des Europäischen Green Deals dienen und den Weg zur Klimaneutralität der EU ebnen soll. Mit der Vorlage des Pakets wurde das ordentliche Gesetzgebungsverfahren auf europäischer Ebene initiiert, die Regelungsvorschläge liegen nun beim EU-Parlament und beim Rat.

RA Dr. Daniel Callejon
Tel.: +49 211 981-2194
daniel.callejon@pwc.com

Nach derzeitigem Stand der Planung für den weiteren Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens ist vorgesehen, dass die Berichterstatter dem EU-Parlament ihre Berichte zu den einzelnen Vorschlägen der EU-Kommission Ende dieses Jahres bzw. Anfang des kommenden Jahres vorlegen. Entsprechende Änderungsvorschläge des Parlaments sollen dann im Frühjahr 2022 folgen, die Abstimmung über diese ist für Mai bzw. Juni 2022 vorgesehen. Findet sie nicht innerhalb dieses Zeitraums statt, ist erst nach der Sommerpause damit zu rechnen. Im Anschluss an die Abstimmung soll der informelle Trilog mit dem Rat der EU stattfinden, dessen Ergebnisse jedoch nicht vor Anfang des Jahres 2023 erwartet werden. Parallel dazu beschäftigt sich der Rat im Wesentlichen bereits im Dezember 2021 mit den Vorschlägen der EU-Kommission. Sie stehen auf den Agenden für die Sitzungstage der meisten Ratsformationen. Lediglich für die Sitzung des Europäischen Rates am 16. und 17. Dezember 2021 ist das Fit for 55-Paket (noch) nicht in die Agenda aufgenommen worden. Zudem ist die Agenda für die Sitzung des Umweltministerrates am 20. Dezember 2021 derzeit noch nicht beschlossen. Insgesamt kommt damit nun Bewegung in das Mitte Juli des Jahres von der Kommission angestoßene Verfahren. Gleichwohl ist damit zu rechnen, dass sich der Gesetzgebungsprozess noch über einen längeren Zeitraum hinzieht – die Prognose, dass der informelle Trilog nicht vor dem Jahr 2023 stattfinden wird, legt dies nahe.

Der weitere Verlauf und das Ergebnis des Gesetzgebungsverfahrens werden die künftige Politik und Gesetzgebung auf nationaler Ebene maßgeblich beeinflussen. Dies bringt auch der jüngst beschlossene Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zum Ausdruck (wir berichteten in Ausgabe 17, 2021). In diesem Rahmen wird auf den Green Deal bzw. das Fit for 55-Paket rekurriert und insbesondere betont, dass in den Verhandlungen über das Paket die Vorschläge der EU-Kommission unterstützt wird und die Absicht besteht, die Instrumente in den einzelnen Sektoren möglichst technologieneutral auszugestalten. Außerdem wird explizit darauf hingewiesen, dass für energiepolitische Projekte in Deutschland das europäische Energierecht gilt.

Wir werden Sie an dieser Stelle über den weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens sowie mögliche Implikationen auf das nationale Recht informieren.

Haben Sie Fragen rund um das Thema „Fit for 55“? Dann sprechen Sie uns gerne an.

Service

5-Punkte-Plan zur Energiekostenreduktion und -kontrolle

In Anbetracht der dramatisch gestiegenen Energiepreise sowie der derzeit sehr dynamischen Entwicklung der energie- und klimapolitischen Rahmenbedingungen,

stehen energieintensive Unternehmen vor der großen Herausforderung, (neue) geeignete Maßnahmen zur Energiekostenreduktion zu erkennen und umzusetzen. Unser 5 Punkte-Plan gibt in diesem Kontext einen Überblick über Möglichkeiten und Ansatzpunkte, auf die derzeitigen Herausforderungen gezielt zu reagieren.

RA Michael H. Küper, M.Sc.
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

Dr. Karla Hamborg
Tel.: +49 211 981-7289
karla.johanna.hamborg@pwc.com

Nicht nur durch den Regierungswechsel weisen die energie- und klimapolitischen Entwicklungen derzeit ein rasantes Tempo auf und werden umfassende Änderungen der bisherigen regulatorischen Rahmenbedingungen mit sich bringen. Einschlägige Stichworte sind hier u.a. die Entwicklung der CO₂-Bepreisung auf europäischer und nationaler Ebene, die Zukunft der EEG-Umlage sowie die Nutzung neuer Technologien, bspw. im Bereich Wasserstoff und Elektromobilität.

Zugleich sind – in Anbetracht der stark gestiegenen Energiekosten – gezielte Maßnahmen zur Energiekostenreduktion und -kontrolle von immenser Bedeutung für die energieintensive Industrie. So individuell dabei die Reaktionsmöglichkeiten im Kontext der derzeit herausfordernden Situation auch sind, lassen sich doch allgemeine Ansatzpunkte identifizieren, die wir in einem 5-Punkte-Plan zur Energiekostenreduktion und -kontrolle zusammengestellt haben.

In dem anliegenden Anschreiben sowie der anliegenden Liste finden Sie einen weiterführenden Überblick über mögliche Maßnahmen sowie thematische Ansatzpunkte, die Sie in den Blick nehmen sollten.

Auf Grundlage unserer langjährigen Erfahrung in der Beratung energieintensiver Unternehmen stehen wir Ihnen gerne als Diskussionspartner zur Verfügung und unterstützen ebenso bei der Identifikation individueller Einsparpotentiale und deren Überführung in konkrete Maßnahmen. Hierbei bringen wir in bewährter Weise technisch-wirtschaftliches sowie rechtliches und steuerliches Know-how ein.

Bei Rückfragen oder zur Abstimmung etwaiger Unterstützungsmöglichkeiten zögern Sie bitte nicht, uns anzusprechen. Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen.

Veranstaltungen

Webinar-Reihe „Dekarbonisierung in der Industrie – (Neue) Entlastungs- und Gestaltungsoptionen“

Save the date | 3. Februar, 10. Februar und 17. Februar 2022 voraussichtlich jeweils von 10 bis 13 Uhr

Weitere Informationen zu der Veranstaltung sowie zu den Anmeldemodalitäten erhalten Sie in Kürze.

Sofern Sie im Vorfeld der Veranstaltung organisatorische Fragen oder spezifische Themenwünsche haben, wenden Sie sich gerne jederzeit an

Maja Suchsland, Tel.: +49 211 981-4989, maja.suchsland@pwc.com

Webcast „E-Mobility als Teil Ihres ESG-Konzepts“

Wann: 25. Januar 2022 von 10 bis 11 Uhr

Bei der Umstellung vom herkömmlichen Verbrennungsmotor zum Elektroantrieb sind auch Industrieunternehmen mit zahlreichen Herausforderungen aus unterschiedlichen Themen- und Rechtsgebieten konfrontiert. Von den regulatorischen Auflagen bis hin zu den steuerlichen Implikationen existieren zahlreiche Stolpersteine. In unserem Webcast möchten wir Ihnen daher das kleine Einmaleins der E-Mobility und des Flottenmanagements der Zukunft vorstellen, Ihnen dabei helfen, etwaige Herausforderungen zu identifizieren, und Lösungswege aufzeigen. Unser Fokus wird dabei auf den aktuellen energie- und klimapolitischen Entwicklungen und den daraus resultierenden Chancen für Industrieunternehmen liegen.

Zur Anmeldung gelangen Sie über den folgenden Link: <https://www.pwc-events.com/E-Mobility>

Weitere Informationen erfragen Sie bitte bei

Heiko Seitz, Tel.: +49 211 5790-5231, heiko.seitz@pwc.com

Philipp Landorff, Tel.: +49 211 981-7284, philipp.landorff@pwc.com

Über uns

Ihre Ansprechpartner

RA Michael Küper

Tel.: +49 211 981-5396

michael.kueper@pwc.com

RA Dr. Daniel Callejon

Tel.: +49 211 981-2194

daniel.callejon@pwc.com

RA Matthias Stephan

Tel.: +49 211 981-1509

matthias.stephan@pwc.com

Rain Alexandra Ufer

Tel.: +49 211 981-5679

alexandra.ufer@pwc.com

Redaktion

Für Ihre Fragen, Hinweise und Anmerkungen zum Newsletter stehen Ihnen unsere Ansprechpartner aus der Redaktion gern zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

RA Michael Küper

Tel.: +49 211 981-5396

michael.kueper@pwc.com

RA Dr. Daniel Callejon

Tel.: +49 211 981-2194

daniel.callejon@pwc.com

Die Beiträge dieser Publikation sind zur Information unserer Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

©Dezember 2021 PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

"PwC Legal" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft, die zum Netzwerk der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) gehört. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

www.pwc.de



++PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft
Moskauer Straße 19, 40227 Düsseldorf

An die Antragsteller zur
Besonderen Ausgleichsregelung nach
dem EEG für das Begrenzungsjahr 2022

PricewaterhouseCoopers Legal
Aktiengesellschaft
Rechtsanwaltsgesellschaft

Moskauer Straße 19
40227 Düsseldorf
Postfach 10 50 53
40041 Düsseldorf
www.pwclegal.de

Tel.: +49 211 981-5396
Fax: +49 211 981-4011
michael.kueper@de.pwc.com

17. Dezember 2021

Antragsverfahren Besondere Ausgleichsregelung für das Begrenzungsjahr 2022

„Anhörung – Androhung – Ablehnung“ (AKTUELL: Bescheidversand Dez. 2021)

Sehr geehrte Damen und Herren,

am heutigen Tage wurden vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) die Begrenzungsbescheide für das Begrenzungsjahr 2022 versandt. Wie erwartet, wurde damit die große Mehrzahl der antragstellenden Unternehmen wie in den Vorjahren antragsgemäß beschieden und wird damit von der Begrenzung der EEG-Umlage im kommenden Jahr profitieren.

Erste Rückmeldungen betroffener Unternehmen haben dabei gezeigt, dass die Bescheidung in diesem Jahr zu Rückfragen bzw. Klärungsbedarf führt. Beispielsweise sei hier die Ermittlung des Super Caps genannt, die im Einzelfall im Rahmen der Bescheidung signifikant von der beantragten Höhe abwich.

Erfahrungsgemäß wird sich in vielen Konstellationen die Frage stellen, wie man sich im Falle von Rückfragen oder Klärungsbedarf in Richtung des BAFA verhalten sollte. Wir haben in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, dass es sich – wenig überraschend – empfiehlt, zunächst die Ruhe zu bewahren, um dann mit der gebotenen Sorgfalt in die Auswertung der Bescheidung und die Vorbereitung etwaiger Rückfragen an die Behörde einzusteigen. Da es sich um ein förmliches Verwaltungsverfahren handelt, bei dem die formalen Vorgaben und Fristen für eine entsprechende Rückmeldung zwingend beachtet und insofern Formfehler unbedingt vermieden werden müssen, ist eine anwaltliche Unterstützung nach unserer Erfahrung dringend anzuraten. Im Vordergrund steht dabei die zu beachtende Frist zur Einlegung eines ggf. erforderlichen Widerspruchs; in Ein-

...

zelfällen kann aber auch eine Bescheidkorrektur jenseits eines förmlichen Widerspruchsverfahrens erreicht werden. Hinzukommt, dass auf inhaltlicher Ebene häufig rechtliche Aspekte im Vordergrund stehen und insofern die einschlägige Rechtsprechung und insbesondere auch die Erfahrungen aus der Praxis mit dem BAFA beachtet und in die Festlegung der weiteren Vorgehensweise im Einzelfall einbezogen werden können und sollten.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass sich viele Rückfragen durch eine möglichst frühzeitige und zielgerichtete Kontaktaufnahme klären lassen. Insofern empfehlen wir dringend, der Bescheidprüfung und Klärung etwaiger Rückfragen eine hohe Bedeutung beizumessen, da sich erfahrungsgemäß Anschlussdiskussionen i.R.v. Widerspruchsverfahren beim BAFA schwieriger gestalten. Entsprechendes gilt selbstverständlich auch für den Fall, dass Ihnen eine (teilweise) ablehnende Entscheidung des BAFA zugeht.

Ihre Ansprechpartner aus dem Bereich Energierecht:

RA Michael H. Küper, M.Sc.
0211/981-5396
michael.kueper@de.pwc.com

RA Dr. Daniel Callejon
0211/981-2194
daniel.callejon@de.pwc.com

Dr. Karla Hamborg
0211/981-1968
karla.hamborg@de.pwc.com

Ihre Ansprechpartner aus dem Bereich Energiewirtschaft der PWC GmbH WPG:

WP Alexander Stötzel
0211/981-2086
alexander.stoetzel@de.pwc.com

Dipl.-Ök. Simon Fahrenholz
0211/981-2346
s.fahrenholz@de.pwc.com

Sollten Sie hierzu Rückfragen haben oder unsere Unterstützung im Rahmen der entsprechenden Kommunikation mit dem BAFA benötigen, stehen Ihnen die o.g. Ansprechpartner gerne jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

PricewaterhouseCoopers Legal
Aktiengesellschaft
Rechtsanwaltsgesellschaft

Michael H. Küper
Rechtsanwalt, M.Sc.

Dr. Daniel Callejon
Rechtsanwalt

5-Punkte-Plan zur Energiekostenreduktion und -kontrolle


Dezember 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Anbetracht der dramatisch gestiegenen Energiepreise sowie der derzeit sehr dynamischen Entwicklung der energie- und klimapolitischen Rahmenbedingungen, stehen energieintensive Unternehmen vor der großen Herausforderung, (neue) geeignete Maßnahmen zur Energiekostenreduktion zu erkennen und umzusetzen.

Einschlägige Stichworte sind hier u.a. die Entwicklung der CO₂-Bepreisung auf europäischer und nationaler Ebene, die Zukunft der EEG-Umlage sowie die Nutzung neuer Technologien, bspw. im Bereich Wasserstoff und Elektromobilität.

So individuell die Reaktionsmöglichkeiten im Kontext der derzeit herausfordernden Situation auch sind, lassen sich doch allgemeine Ansatzpunkte identifizieren, die wir Ihnen im Rahmen eines **5-Punkte-Plans zur Energiekostenreduktion und -kontrolle** vorstellen möchten.



5-Punkte-Plan Energiekostenreduktion & -kontrolle

1. Richtige Einkaufsstrategie
in volatilen Zeiten

**2. Innovative
(Eigen-)Versorgungskonzepte**
Umsetzung mit erneuerbaren Energien

3. Privilegierungsmöglichkeiten
bestmöglich nutzen – Inanspruchnahme
prüfen und sichern!

4. Energieeffizienz und -suffizienz
als betriebliche Daueraufgabe

5. Übergreifende Maßnahmen
Monitoring, Workshops, Organisation



In der anliegenden Liste finden Sie einen weiterführenden Überblick über mögliche Maßnahmen sowie thematische Ansatzpunkte, die Sie in den Blick nehmen sollten.

Senken Sie Ihre Energiekosten – jetzt!

Auf Grundlage unserer langjährigen Erfahrung in der Beratung energieintensiver Unternehmen stehen wir Ihnen hierzu bei Fragen gerne als Diskussionspartner zur Verfügung. Auch bei der Identifikation möglicher Einsparpotentiale und deren Überführung in konkrete Maßnahmen unterstützen wir Sie gerne. Hierbei bringen wir in bewährter Weise technisch-wirtschaftliches sowie rechtliches und steuerliches Know-how ein.

Unser Leistungsspektrum umfasst u.a.:

- Evaluation Ihrer unternehmensindividuellen Einsparpotentiale sowie Möglichkeiten der Weiterentwicklung Ihrer Beschaffungsstrategie
- Prüfung der Inanspruchnahme und Absicherung von Privilegierungsmöglichkeiten, Begleitung in Antragsverfahren, Unterstützung bei der Kommunikation mit Behörden
- Vertragsprüfungen mit Blick auf mögliche Verhandlungsspielräume, Begleitung bei Verhandlungen
- Prüfung alternativer Energiebeschaffungs- und Eigenerzeugungsstrukturen (PPAs, Contracting- bzw. Autarkie-Lösungen)
- Monitoring der einschlägigen politischen und regulatorischen Weiterentwicklungen verbunden mit der konkreten Folgenbewertung für Ihr Unternehmen; Unterstützung bei der Abgabe von Stellungnahmen zur aktiven Einflussnahme
- Durchführung von Workshops zur Entwicklung individueller Einsparmöglichkeiten und Effizienzmaßnahmen

Bei Rückfragen oder zur Abstimmung etwaiger Unterstützungsmöglichkeiten zögern Sie bitte nicht, uns anzusprechen. Wir freuen uns auf Ihre Kontaktanfrage!

Mit freundlichen Grüßen

Michael H. Küper
Rechtsanwalt, M.Sc., Partner

Simon Fahrenholz
Dipl.-Oec., Partner

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ihre Ansprechpartner

Dr. Karla Hamborg
Energierrecht, Managerin

Sebastian Farin
Advisory Management Consulting, Senior
Manager

Tel.: +49 211 981-7289
karla.johanna.hamborg@pwc.com

Tel.: +49 211 981-2287
sebastian.farin@pwc.com

5-Punkte-Plan zur Energiekostenreduktion und -kontrolle

Reaktionsmöglichkeiten auf gestiegene Energiepreise und energiepolitische Entwicklungen

Dezember 2021

1. Richtige Einkaufsstrategie in volatilen Zeiten

- ✓ Einkaufszeitpunkte steuern zur Nutzung von Tiefpreisphasen
- ✓ Nutzung verschiedener Handelsplätze
- ✓ Umgang mit Sicherheiten
- ✓ Mengengerüste optimal strukturieren
- ✓ Zusammenarbeit mit Dienstleistern
- ✓ Diversifizierung der Vertragspartner
- ✓ Preisabsicherung durch adäquate Hedging-Strategien (z.B. durch Optionen, Futures, SWAPs) und preisstabile PPAs
- ✓ (Sonder-)Kündigungsmöglichkeiten und weitere Optionen zur Anpassung von Bezugsverträgen prüfen, Preisanpassungen hinterfragen und Verhandlungsspielraum nutzen
- ✓ Überwachung der Leistungsfähigkeit von Lieferanten
- ✓ „Contracting 2.0“ in der Post-EEG-Zeit (Wärme, Kälte, Beleuchtung, etc.)

2. Umsetzung attraktiver (Eigen-)Versorgungskonzepte mit erneuerbaren Energien

- ✓ Kostenvorteile / Fördermöglichkeiten nutzen und Autarkie erhöhen
- ✓ Contracting-Modelle zur Vermeidung von hohen Investitionskosten und Nutzung hoher Flexibilitäten
- ✓ Absehbare gesetzliche Entwicklungen frühzeitig mitdenken – Stichwort Photovoltaik
- ✓ „Superabschreibungen“ nutzen
- ✓ Möglichkeiten der Digitalisierung erkennen und nutzen

3. Privilegierungsmöglichkeiten bestmöglich nutzen – Inanspruchnahme prüfen und sichern

- ✓ Strompreiskompensation (SPK)
- ✓ Besondere Ausgleichsregelung im Bereich der EEG-Umlage sowie weitere Umlagebegrenzungen (StromNEV-Umlage, KWK-Umlage und Offshore-Netzumlage)
- ✓ Individuelle Netzentgelte
- ✓ Reduzierte Konzessionsabgabe
- ✓ Strom- und Energiesteuerentlastungen; dabei Möglichkeiten der absehbar angepassten Rahmenbedingungen ausloten und nutzen
- ✓ Nutzung von Eigenstromprivilegien
- ✓ Inanspruchnahme von Privilegien nicht gefährden („Unternehmen in Schwierigkeiten“)
- ✓ BECV: Carbon Leakage Kompensation, Sektorenerweiterung



4. Energieeffizienz sowie -suffizienz als betriebliche Daueraufgabe

- ✓ Effizienzmaßnahmen, beispielsweise bzgl. der Nutzung von Abwärme/Prozesswärme, Blockheizkraftwerken, Solarthermie und Photovoltaik; Anpassung elektrisch betriebener Antriebskonzepte zur Vermeidung von Leerläufen; Wartungen nachholen und regelmäßig einhalten
- ✓ Suffizienzmaßnahmen: Verbrauchsreduktion durch zeitweise Außerbetriebnahme von verbrauchsstarken Anlagen, Stilllegung nicht gebrauchter Energieverbraucher, gezieltes Gebäude- und Grundstücksmanagement (Bsp. zeitweise Schließung von Gebäuden)
- ✓ Prüfung der Investitionskosten im Vergleich zur Amortisationszeit von bspw.:
 - Beleuchtung (Umstieg auf LED, Beleuchtung mit automatischer Steuerung etc.)
 - Heizung (Austausch, automatische Steuerung, jährliche Kontrollen etc.)
 - Kühlung (Kältemittel anpassen, Wärmerückgewinnung anbringen etc.)
 - Elektrische Antriebe, Umstieg auf Elektro-Motoren und Pumpen etc.)
- ✓ Nutzungsmuster anpassen: Einsatz von Videokonferenzsystemen, Dienstfahrrädern oder Jobtickets
- ✓ Fördermöglichkeiten kennen und nutzen

5. Übergreifend: Monitoring, Workshops, Organisation

- ✓ Laufendes Monitoring energiepreislicher Entwicklungen
- ✓ Laufendes Monitoring gesetzlicher Entwicklungen
 - (Bevorstehende) Änderungen der energierechtlichen Rahmenbedingungen erkennen und einordnen
 - Frühzeitige Einflussmöglichkeiten nutzen
 - Implementierung neuer Begünstigungstatbestände (wie z.B. im Bereich Wasserstoff) vorausschauend verfolgen
- ✓ Schulung/Sensibilisierung von Mitarbeitern hinsichtlich energieeffizientem sowie umweltschonendem Verhalten innerhalb des Betriebes
- ✓ neue Arbeitsplatzkonzepte entwickeln